**LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN** **Drucksache 8/**
**8. Wahlperiode** **Datum 30.10.2024**

# ANTRAG

## der Fraktion der CDU

## 9. November – Erinnerung, Mahnung, Verantwortung, Dankbarkeit und Hoffnung

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag würdigt und gedenkt der Opfer der Diktaturen auf deutschem Boden. Der 9. November 1938 steht als Sinnbild für das Grauen und die Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland, ebenso wie der 9. November 1989 für das Ende der SED-Diktatur. Beide Diktaturen waren menschenverachtend und haben Leid, Furcht sowie Schrecken über Deutschland gebracht.

II. Der Landtag stellt fest:
1. Der 9. November gilt als Schicksalstag der Deutschen. Auf diesen Tag fallen das Scheitern der Revolution 1848, die Ausrufung der Republik 1918, der Hitler-Putsch 1923, die Reichsprogromnacht 1938 und der Fall der Berliner Mauer 1989.
2. Der 9. November steht gleichermaßen für das Schaffen und Erstarken von Demokratie und auch für deren Zerstörung. Das Datum steht damit für die historische Verantwortung, der wir uns stets bewusst sein sollten.
3. Der 9. November 1989 schuf die Grundlage für eine Einheit in Freiheit und mahnt uns, die Freiheit in der wir leben, nicht als selbstverständlich hinzunehmen und die Werte, die unsere Demokratie ausmachen, wie Toleranz, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, politische Mitwirkung und Meinungsäußerung zu ehren und zu bewahren.
4. Der 9. November fordert uns auf, unsere Demokratie weiter zu stärken und eine Gesellschaft des Miteinanders und des Zusammenhalts unter Beachtung unserer Werte zu gestalten. Dafür brauchen wir eine lebendige Erinnerungskultur und gute politische Bildungsangebote.
5. Die landeseigenen Erinnerungsorte „Historisch-Technisches Museum Peenemünde“, das „Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer der Diktaturen in Deutschland“ in Schwerin und die „Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit“ in Rostock sind vielfach besuchte außerschulische Bildungsorte für Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende. Neben diesen Gedenkstätten gibt es noch eine Vielzahl weiterer Gedenkstätten, die von Kommunen, von privaten und kommunalen Trägern in gemeinsamer Verantwortung oder durch Vereine mit großem ehrenamtlichen Engagement geführt werden. Allen in der Gedenkstättenarbeit tätigen Einrichtungen kommt eine enorme Bedeutung bei der Vermittlung von historisch-politischer Bildungsarbeit zu.
6. Durch befristete Förderungen und regelmäßig notwendige Neubeantragungen von Unterstützungsprogrammen sind gerade ehrenamtlich geführte Einrichtungen mit der Ausführung von Verwaltungsformalien stark beansprucht. Oftmals überwiegt

der Arbeitsaufwand für den Erhalt der wirtschaftlichen Tragfähigkeit der Einrichtung gegenüber dem eigentlichen Ziel der Vermittlung des Bildungsauftrages.

II. Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert,

- ein umfassendes Konzept zur Neubelebung und Stärkung der Gedenkkultur in Mecklenburg-Vorpommern zu etablieren. Dabei sind alle Facetten der deutschen Geschichte zusammenfassend zu betrachten und unter gegenseitiger Beachtung auszurichten. Dies umfasst sowohl die Arbeit des Antisemitismusbeauftragten und des Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur als auch die Einbindung jeglicher Gedenkstätten im Land, unabhängig von ihrer Trägerstruktur. Das Gedenkkulturkonzept hat dabei die Eigenständigkeit jeder einzelnen Institution zu beachten,
- die Handlungsempfehlungen der Kommission zur Evaluierung der Gedenkstättenarbeit des Landes Mecklenburg-Vorpommern schnellstmöglich umzusetzen. Dabei ist der Fokus nicht nur allein auf die Landeszentrale für politische Bildung auszurichten. Die Empfehlungen sprechen sich eindeutig dafür aus, die personelle und finanzielle Ausstattung aller Gedenkstätten und Erinnerungsorte nachhaltig und dauerhaft zu verbessern und damit die dezentrale Erinnerungslandschaft des Landes in ihrer Vielfalt zu erhalten. Dies umfasst insbesondere den „Lern- und GeDenkOrt Alt Rehse“, die „Stasi-Untersuchungshaftanstalt Töpferstraße“ in Neustrelitz und den Gedenkort „Neubrandenburger Lindenberg - Stasi-Untersuchungshaftanstalt“ in Neubrandenburg,
- Strukturen zu stabilisieren und zu verbessern, die es allen Gedenkstätten und Erinnerungsorten in Mecklenburg-Vorpommern, unabhängig von ihrer thematischen Ausrichtung, Trägerstruktur und Angebotsformat, ermöglicht, die notwendigen Fortbildungs- und Beratungsleistungen wahrzunehmen. Nur so werden die ehrenamtlich Tätigen unterstützt und vernetzt und Synergien geschaffen,
- die finanzielle Ausstattung des Antisemitismusbeauftragten und des Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur zu überprüfen und im Doppelhaushalt 2026/2027 aufgabengerecht anzupassen,
- die landeseigenen Gedenkstätten in Schwerin und in Rostock im Doppelhaushalt 2026/2027 finanziell so auszustatten, dass der Bildungsauftrag und der Auftrag zur Geschichtsvermittlung wieder besser umgesetzt werden kann,
- alle im Land befindlichen Gedenkstätten und Erinnerungsorte mit ausreichend Personalstellen und Sachmitteln auszustatten, um so insbesondere die dauerhafte Stärkung der Akteure vor Ort zu gewährleisten,
- den Aufbau eines „Arno-Esch-Zentrums“ in Rostock voranzutreiben und entsprechende finanzielle Vorkehrungen im Doppelhaushalt 2026/2027 zu veranschlagen,
- dem zuständigen Ausschuss über die vorstehenden Punkte bis zum 31.03.2025 Bericht zu erstatten.

**Daniel Peters und Fraktion**